

Hilmar Hoffmann, Wolfgang Schneider (Hg.): Kulturpolitik in der Berliner Republik

Köln: DuMont 2002, 218 S., ISBN 3-8321-6011-6, € 16,-

„Das Gepacktwerden ist wichtig“, behauptet Christina Weiss, zum Zeitpunkt der Textabfassung Kultursenatorin in Hamburg, „Gepacktwerden von einem Moment, wo eine sinnliche Erfahrung mit emotionaler Wahrnehmung und Reflexion sich glücklich mischt“ (S.168). Möglich wird eine solche Erfahrung im Zusammenspiel von künstlerischer Arbeit und Betrachter. Die Bedingung für die Möglichkeit jedoch wird auf einem anderen Feld entschieden: dem der Kulturpolitik. Und hier werden die Akteure seit einiger Zeit von einem ganz anderen Gefühl gepackt: von der Angst – der Angst vor dem finanziellen „Streichkonzert“ (*Süddeutsche Zeitung*, 3. März 2003) und einem umfassenden Niedergang der deutschen Kulturlandschaft.

Was dabei auf dem Spiel steht, wird deutlich, wenn man die vorliegende Anthologie vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltskrise liest. Außen-, Innen- und Bildungspolitik, Literatur, Kino und Museum – kaum ein Bereich, der nicht ganz eigene Konzepte und Zielvorstellungen des Kulturellen produzierte. Es liegt semantisch gewissermaßen in der Natur der Kultur – einem der, wie Niklas Luhmann schrieb, „schlimmsten Begriffe, die je gebildet worden sind“ –, dass

sich mit beinahe jedem neuen Aufsatz neue Bedeutungshorizonte auf. Alle werden sie fachkundig verhandelt von Autoren und Autorinnen, die ihre Felder abgesteckt und gedanklich gut bestellt haben. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse betont die identitätsbildende Funktion der Kultur im demokratischen System, Kulturstaatsministerin Christina Weiss das politische Widerstandspotenzial eines „pluralen Denkens“. Der ehemalige Sprecher der Alfred Herrhausen Stiftung, Walter Homolka, erkennt die Vorbildfunktion der Kultur bei der Optimierung der Kommunikation in Unternehmen an, und der ehemalige Präsident des Goethe-Instituts, Hilmar Hoffmann, betont, dass Kulturpolitik nach den Terroranschlägen des 11. September 2003 nicht länger nur als „dritte Säule“ deutscher Außenpolitik, sondern als „prima ratio“ einer internationalen Politik der Konfliktprävention und des Friedens gelten müsse (S.50).

So gehaltvoll diese Aufsätze für das Verständnis einer fortschreitenden Erweiterung des Kulturellen sind, der „Entschlimmerung“ des Begriffs dienen sie nicht. Aufschlussreich sind hierfür vor allem jene Texte, die nicht auf strategische Positionen zielen, sondern eher von der Pragmatik des kulturellen Systems berichten und damit auf Probleme der institutionellen Praxis orientiert sind. So wie jene des Leiters der Berliner Festspiele, Joachim Sartorius, der das kulturpolitische Dilemma der Hauptstadt auf die Formel bringt, „Berlin ist zu arm für den Reichtum seines kulturellen Erbes“ (S.72). Oder der Aufsatz von Klaus-Dieter Lehmann, der als Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz die Umgestaltung der Berliner Museumsinsel vor dem Hintergrund eines „kooperativen Kulturföderalismus“ von Bund und Ländern beschreibt (S.185).

Welch verfassungsrechtliche Fallstricke indes einer solchen zwischen Bund und Ländern geteilten Kulturpolitik drohen, verdeutlicht der Baden-Württembergische Staatsminister Christoph-E. Palmer: Er warnt davor, dass der Bund von Berlin aus überhaupt eine eigenständige Kulturpolitik entwickeln und so die „Kulturhoheit“ der Länder beschneiden könnte. „Verfassungsmasochismus“, hat der erste Kulturstaatsminister der Berliner Republik, Michael Naumann, diese Haltung benannt. Sie bleibt eine Realität der bundesdeutschen Kulturpolitik – eine Realität, die diese Anthologie nur blitzlichtartig aufscheinen lässt. Aber genau dies leistet der Band: punktuell die verschiedenen Landschaften kulturpolitischen Handelns in der Bundesrepublik zu erhellen, Problemfelder und einzelne Institutionen vorzustellen und jede Menge Anreize dafür zu stiften, sich mit den kulturpolitischen Bedingungen der Möglichkeit von Kultur näher zu befassen.

Lutz Nitsche (Halle an der Saale)